**Investitionsprogramme „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2008-2013, 2017-2020, 2018-2020, 2020-2021, Investitionsprogramm 2013-2014 zur Schaffung von U3-Plätzen sowie Landesinvestitionsprogramme „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2020-2024 und   
2021-2023**

**Muster Infoblatt (als Info im Internet)**

**Information nach Art. 14 der Verordnung (EU) Nr. 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung – DS-GVO)**

Sie erhalten die nachfolgenden Informationen, da das Regierungspräsidium Kassel im Zusammenhang mit der Antragstellung im Rahmen der o.g. Investitionsprogramme personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet.

1. **Personenbezogene Daten**

Gemäß Art. 4 DS-GVO sind personenbezogene Daten alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen identifiziert werden kann, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind.

1. **Verantwortlicher der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten**

Verantwortlicher der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist das Regierungspräsidium Kassel.

Sie erreichen das Regierungspräsidium Kassel wie folgt:

Postanschrift: Regierungspräsidium Kassel, Am Alten Stadtschloss 1, 34117 Kassel

E-Mail: [poststelle@rpks.hessen.de](mailto:poststelle@rpks.hessen.de)

Telefax: +49 611 32764 1611

Telefon: +49 561 106 0

1. **Die oder der Datenschutzbeauftragte des Regierungspräsidiums Kassel**

Die Datenschutzbeauftragte oder den Datenschutzbeauftragten des Regierungspräsidiums Kassel erreichen Sie wie folgt:

Regierungspräsidium Kassel,

z. Hd. Datenschutzbeauftragte/r des Regierungspräsidiums Kassel

Am Alten Stadtschloss 1

34117 Kassel

E-Mail: [dsb@rpks.hessen.de](mailto:dsb@rpks.hessen.de)

Fax: +49 611 32764 1611

1. **Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten**

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO i. V. m. § 3 Hessisches Datenschutz- und Informationsgesetz ((HDSIG) sowie nach den Förderrichtlinien des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration (HMSI) in der jeweils gültigen Fassung. Die Speicherung und Verarbeitung dieser Daten ist für die Prüfung und Bescheidung von Anträgen, die Mittelbereitstellung und die Prüfung des Verwendungsnachweises im Rahmen der o.g. Investitionsprogramme erforderlich.

1. **Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden**

Die Regierungspräsidium Kassel verarbeitet folgende personenbezogene Daten von Ihnen:

* Vollständiger Name,
* Private Anschrift,
* Anschrift der Betreuungsräumlichkeiten.

1. **Herkunft der Daten, die verarbeitet werden**

Ihre Daten wurden uns von dem zuständigen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die in Ziffer 4 benannten Zwecke übermittelt.

1. **Empfänger der personenbezogenen Daten**

Grundsätzlich werden Ihre personenbezogenen Daten nur durch das Regierungspräsidium Kassel verarbeitet. Soweit es für die Verfahrensbearbeitung erforderlich ist, können Ihre personenbezogenen Daten aber auch an Dritte weitergegeben werden. In Betracht kommen regelmäßig folgende Behörden:

* das Hessische Ministerium für Soziales und Integration -Referat II 1-,

Sonnenberger Straße 2/2a, 65193 Wiesbaden,

* der Hessische Rechnungshof, Eschollbrücker Str. 27, 64295 Darmstadt

(zu Prüfungszwecken).

Die übermittelten Daten dürfen von den Datenempfängern nur im Rahmen ihrer jeweiligen gesetzlichen Aufgabenerfüllung verwendet werden.

1. **Dauer der Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten und Fristen**

Die erhobenen personenbezogenen Daten werden gespeichert. Zur Bestimmung des Zeitpunkts der Datenlöschung beachtet das Regierungspräsidium Kassel die Aufbewahrungsfristen, die im Erlass zur Aktenführung in den Dienststellen des Landes Hessen festgelegt sind. Die Frist beginnt nach Ablauf des Jahres, in dem der Vorgang abgeschlossen wurde.

1. **Ihre Rechte als von der Datenspeicherung betroffener Person**

Nach Art. 15 DS-GVO können Sie von dem Verantwortlichen über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Auskunft verlangen. Der Antrag ist bei der für die Datenverarbeitung verantwortlichen Stelle (siehe Ziffer 2) zu stellen. Nach Art. 16 DS-GVO haben Sie das Recht auf Berichtigung Ihrer Daten. Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DS-GVO haben Sie das Recht, die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen. Ein Recht auf Löschung kommt allerdings nicht in Betracht, wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist bzw. zur Wahrnehmung einer Aufgabe dient, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, Art. 17 Abs. 3 Buchstabe b) DS-GVO.

Artikel 18 Abs. 1 DS-GVO gewährt unter den dort aufgeführten Voraussetzungen ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung. Das Recht auf Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO besteht nach § 35 des Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz nicht, soweit eine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verpflichtet.

1. **Widerrufbarkeit einer erteilten Einwilligung**

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten auf einer Einwilligung beruht, können Sie diese Einwilligung jederzeit widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der in der Vergangenheit aufgrund Ihrer Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung bleibt unberührt.

Wenn Sie Ihre Einwilligung widerrufen wollen, richten Sie Ihren Widerruf bitte an den unter Ziffer 2 genannten Verantwortlichen der Datenverarbeitung.

1. **Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde**

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DS-GVO verstößt, haben Sie – unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs – nach Art. 77 Abs. 1 DS-GVO das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde. Aufsichtsbehörde in Hessen ist der/die Hessische Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (HBDI), den Sie wie folgt erreichen:

Hessische/r Beauftragte/r für Datenschutz und Informationsfreiheit

Postfach 3163

65021 Wiesbaden

E-Mail: [poststelle@datenschutz.hessen.de](mailto:poststelle@datenschutz.hessen.de)

Fax: +49 611 1408 900

Telefon: +49 611 1408 0

1. **Verpflichtung zur Bereitstellung personenbezogener Daten**

Wie oben unter Ziffer 4 ausgeführt, erfolgt die Erhebung und Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Erfüllung der dem Regierungspräsidium Kassel gesetzlich übertragenden Aufgaben im Bereich der Investitionsprogramme „Kinderbetreuungsfinanzierung“ und Landesinvestitionsprogramme „Kinderbetreuung“ und ist für die Bearbeitung des Zuwendungsverfahrens, insbesondere zur Antragsprüfung erforderlich. Die Nichtbereitstellung personenbezogener Daten kann für Sie Nachteile haben (z.B. die Nichtbearbeitung Ihres Antrags).

1. **Automatisierte Entscheidungsfindung oder Profiling**

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erfolgt nicht auf Grundlage einer automatisierten Entscheidungsfindung oder Profiling.